IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH Policy Notes

3/2026
1. September 2026

Demografischer Wandel, ausländische Beschäftigte und der Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalts vor der Landtagswahl am 6. September 2026

Reint E. Gropp, Alexander Reifschneider

https://doi.org/10.18717/pnnac6-3f66

Impressum

Kontakt
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Tel +49 345 77 53 700
Fax +49 345 77 53 820
E-mail: reint.gropp@iwh-halle.de

Autoren
Reint E. Gropp
Alexander Reifschneider

Herausgeber
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Geschäftsführender Vorstand
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Dr. Tankred Schuhmann

Hausanschrift
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postanschrift
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis
Reint E. Gropp, Alexander Reifschneider: Demografischer Wandel, ausländische Beschäftigte und der Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalts vor der Landtagswahl am 6. September 2026. IWH Policy Notes 3/2026. Halle (Saale) 2026.

ISSN 2702-4725

Demografischer Wandel, ausländische Beschäftigte und der Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalts vor der Landtagswahl am 6. September 2026

Halle (Saale), 01.09.2026

Inhaltsverzeichnis

1 Zusammenfassung 2

2 Einführung 2

3 Altersstruktur der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt 2

4 Herkunftsländer der ausländischen Beschäftigten 4

5 Wirtschaftliche Auswirkungen einer ausländerfeindlichen Politik in Sachsen-Anhalt 7

6 Die Beschäftigungslücke in der kommenden Legislaturperiode 9

7 Fazit 11

8 Referenzen 13

9 Anhang 14

1 Zusammenfassung

Anfang September wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag, und die AfD hat erstmals die Chance auf eine eigene Regierungsmehrheit. Sachsen-Anhalt hat eine der ältesten Beschäftigtenstrukturen Deutschlands: Fast jeder dritte deutsche Beschäftigte ist 55 oder älter. Im vergangenen Jahrzehnt hat das Land netto bereits 40 580 deutsche Beschäftigte verloren. Die Beschäftigung blieb dennoch stabil, weil 51 960 ausländische Beschäftigte hinzukamen. Ein erheblicher Teil dieses Zuwachses stammt aus Fluchtkontexten: Seit Ende 2020 kamen rund 40% des Zuwachses aus Asylherkunftsländern und der Ukraine. Die internationale Evidenz zeigt nach Regierungswechseln zu zuwanderungskritischen Parteien Rückgänge des ausländischen Zuzugs zwischen 32 und 65%. Eine kompensierende Rückkehr Einheimischer ist nicht zu beobachten. Die Analyse zeigt, dass tausende von offenen Stellen in Sachsen-Anhalt nicht besetzt werden könnten, mit entsprechenden Auswirkungen auf Wohlstand und Wachstum.

2 Einführung

Anfang September wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Nach aktuellen Umfragen könnte die AfD erstmals eine absolute Mehrheit erreichen und eigenständig regieren.

In der vorangegangenen IWH Policy Note[1] haben wir die Konsequenzen des AfD-Wahlprogramms für die Landesfinanzen untersucht. In dieser IWH Policy Note untersuchen wir den Effekt einer AfD-geführten Regierung auf die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt und auf die damit verbundenen ökonomischen Effekte. Ausgangspunkt ist das Wahlprogramm der AfD. In Anhang A4 dokumentieren wir alle fremdenfeindlichen Aussagen im Programm. Wir untersuchen also nicht die Auswirkungen spezifischer Maßnahmen in Bezug auf Flüchtlinge und Einwanderung (die meist Bundesangelegenheit sind und auf die ein Bundesland nur geringen Einfluss hat), sondern nur den Einfluss einer fremdenfeindlichen Atmosphäre auf die Beschäftigungsentwicklung im Land.

Die Policy Note geht in vier Schritten vor: Zunächst dokumentieren wir die gegenwärtige Altersstruktur der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Beschäftigung von Deutschen und Ausländern im vergangenen Jahrzehnt. Zweitens zeigen wir, aus welchen Herkunftsländern die ausländischen Beschäftigten kommen, wie ihre Integration in Beschäftigung gelingt und in welchen Berufen sie arbeiten. Drittens tragen wir zusammen, was die internationale Evidenz über die Folgen eines Regierungswechsels hin zu einer zuwanderungskritischen Partei sagt und prüfen, ob vermehrter Zuzug deutscher Arbeitnehmer die Lücke füllen würde. Und viertens setzen wir die zu erwartenden Wanderungsbewegungen in Bezug zur prognostizierten demografischen Entwicklung am Arbeitsmarkt und beziffern die Effekte eines ausländerfeindlichen Klimas in Euro.

3 Altersstruktur der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt

Seit 2016 ist die Zahl deutscher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um gut 5% gesunken. Netto haben 40 580 deutsche Beschäftigte den Arbeitsmarkt verlassen. Dass die Beschäftigung des Landes dennoch stabil blieb, liegt an einer Gegenbewegung: Im selben Zeitraum kamen 51 960 ausländische Beschäftigte hinzu, fast eine Vervierfachung des Bestands (vgl. Abbildung 1).[2]

---

1 *Nic Dorsch, Reint E. Gropp, Alexander Reifschneider*: Ist das AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt finanzierbar? — Kosten und Gegenfinanzierung vor der Landtagswahl am 6. September 2026. IWH Policy Notes 2/2026. Halle (Saale) 2026.

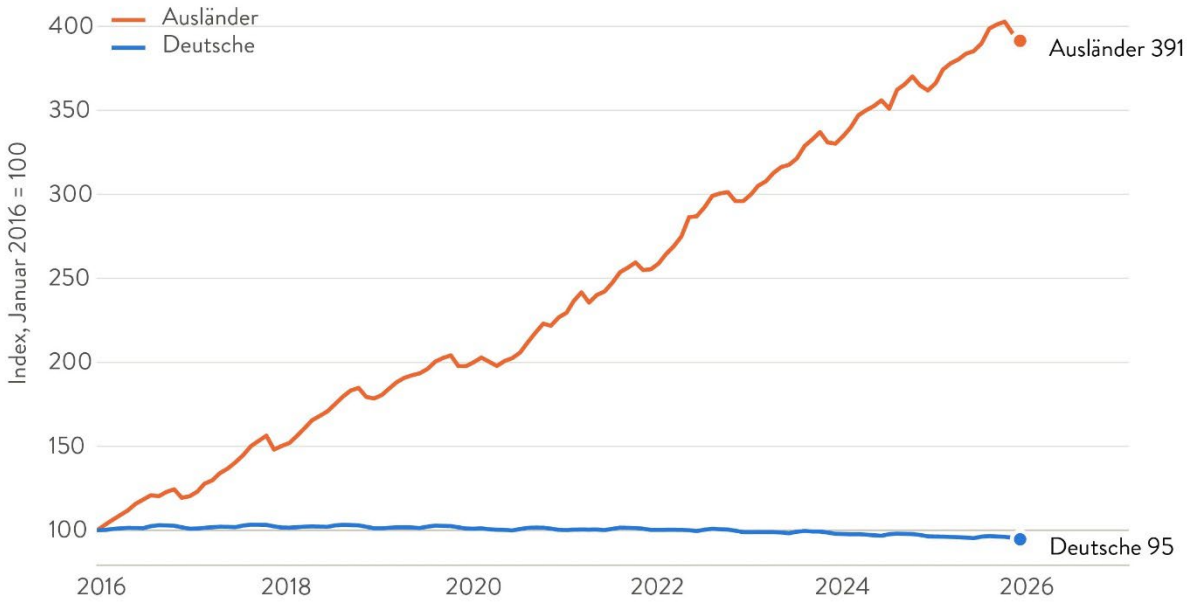
2 Die Analyse misst durchgehend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am Arbeitsort (Statistik der Bundesagentur für Arbeit). Nicht erfasst sind Beamte, Selbstständige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Zur besseren Lesbarkeit steht im Folgenden kurz „Beschäftigte“.

Abbildung 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit, Sachsen-Anhalt

Index Januar 2016 = 100

Januar 2016 bis Januar 2026; Endstand Deutsche 95, Ausländer 391



Anmerkung: Dargestellt sind Bestandsgrößen, keine Zuzüge.

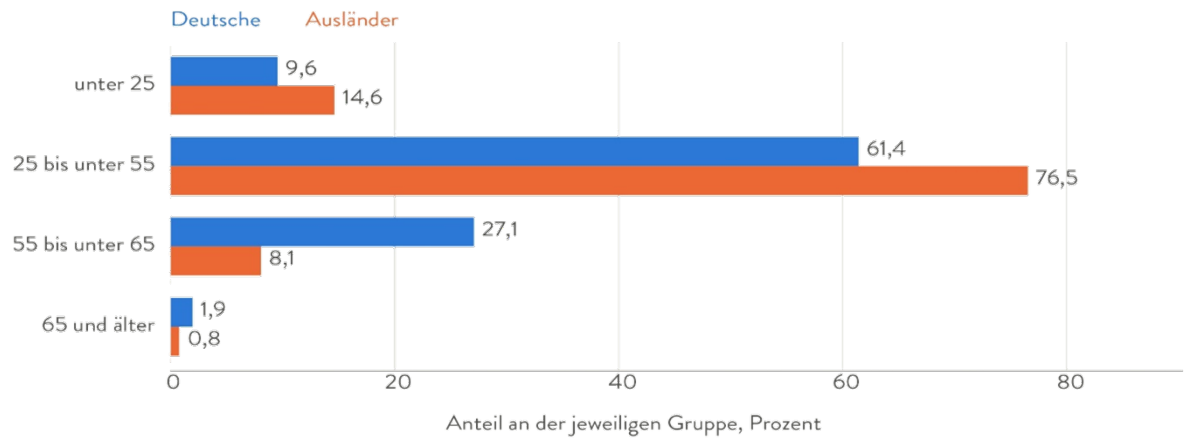
Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Im Ländervergleich ergibt sich daraus ein bemerkenswerter Gegensatz. Von den 789 816 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Landes waren im Dezember 2025 rund 70 000 ausländische Staatsangehörige. Das ist ein Anteil von 8,9%, und damit liegt Sachsen-Anhalt auf Rang 15 von 16 aller Bundesländer. Beim Wachstum der ausländischen Beschäftigung liegt Sachsen-Anhalt hingegen auf Rang 2: plus 78,6% in fünf Jahren gegen durchschnittlich plus 35% im Bund. Das Land hat also einen der niedrigsten Bestände und zugleich eine der stärksten relativen Dynamiken, was auch am niedrigen Ausgangsbestand liegt (vgl. Anhang, Tabelle A1). Über zehn Jahre hat sich der Bestand fast vervierfacht (vgl. Abbildung 1). Das bedeutet: Die Stabilität der Beschäftigung in Sachsen-Anhalt beruhte in den vergangenen Jahren auf einem der stärksten Zuwächse ausländischer Beschäftigung aller Bundesländer.

Abbildung 2

Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Staatsangehörigkeit, Sachsen-Anhalt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Alter, Dezember 2025, in % der jeweiligen Gruppe



Anmerkung: Die Beschäftigtenstatistik führt vier Altersbänder.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Die Altersstruktur der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ist besonders stark von Älteren geprägt. Von den 719 190 deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Landes sind 208 716 im Alter von 55 oder mehr Jahren. Das sind 29,0% der deutschen Belegschaft, fast jeder dritte. Unter den ausländischen Beschäftigten liegt dieser Anteil bei knapp 9% (vgl. Abbildung 2).

Was das für die kommenden Jahre bedeutet, beziffern die amtlichen Vorausberechnungen. Die Regionalisierte Bevölkerungsprognose erwartet bis 2030 einen Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter um 159 449 Personen, minus 12,7%, und bis 2040 um 21,1% (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt). Das ist die rein demografische Rechnung. Die aktuelle Arbeitsmarktprojektion des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die eine Fortsetzung der bisherigen Zuwanderung und eine steigende Erwerbsbeteiligung bereits einrechnet, erwartet für Sachsen-Anhalt bis 2040 einen Rückgang der Erwerbstätigen von 994 000 auf 893 000, rund 10% (BIBB/IAB 2025). Auch das ist viel: Die Erwerbstätigenzahl schrumpft damit um 0,6% im Jahr, sechsmal so schnell wie im Bund mit 0,1%, Rang 14 von 16 Bundesländern.[3] Sachsen-Anhalt ist damit vom demografischen Wandel so stark betroffen wie kaum ein anderes Bundesland.

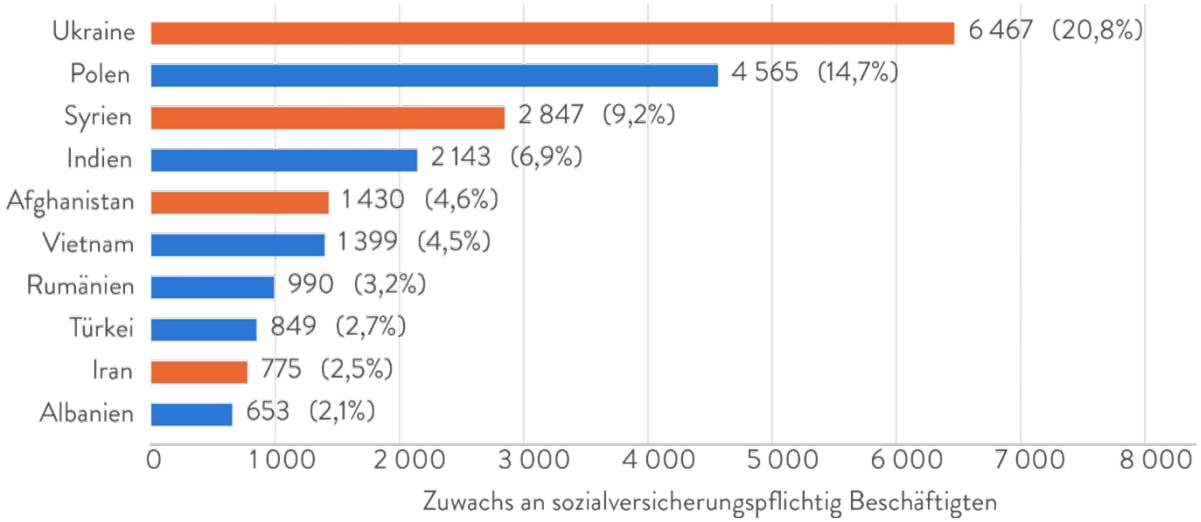
4 Herkunftsländer der ausländischen Beschäftigten

Die Beschäftigungsstatistik erlaubt die Zerlegung nach Staatsangehörigkeiten für die vergangenen fünf Jahre. Die Reihe beginnt revisionsbedingt Ende 2020. In diesem Fenster wuchs die ausländische Beschäftigung um 31 089 Personen. Abbildung 3 zeigt, dass die Ukraine mit 6 467 zusätzlichen Beschäftigten die größte Gruppe bildet, gefolgt von Polen mit 4 565 und Syrien mit 2 847.

Abbildung 3

Herkunftsländer ausländischer Beschäftigter

Die Staatsangehörigkeiten mit dem größten Beschäftigungszuwachs in Sachsen-Anhalt, Zuwachs Dezember 2020 bis Dezember 2025, insgesamt: 31 089



Anmerkung: Orange: Ukraine und die acht Asylherkunftsländer der BA-Abgrenzung. Blau: alle übrigen. Gezählt wird die Staatsangehörigkeit, nicht der Aufenthaltsstatus.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Bemerkenswert ist der Anteil der Fluchtzuwanderung: Aus den acht Asylherkunftsländern und der Ukraine zusammen kamen 12 271 der 31 089 zusätzlichen ausländischen Beschäftigten, rund 40%. Sachsen-Anhalts Arbeitsmarkt hat seine Stabilität in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Teil der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter zu verdanken. Und die Integration gelingt, sie braucht nur Zeit: Von den Staatsangehörigen der Asylherkunftsländer

[3] Die frühere Projektion des IAB aus dem Jahr 2021 hatte für Sachsen-Anhalt noch einen Rückgang der Erwerbspersonen um 21% bis 2040 erwartet, den stärksten aller Bundesländer. Dass die aktuelle Projektion milder ausfällt, geht wesentlich auf die seit 2021 höhere Zuwanderung zurück, die in die Fortschreibung eingeht. Genau diese positive Entwicklung stünde bei einem Rückgang des Zuzugs auf dem Spiel.

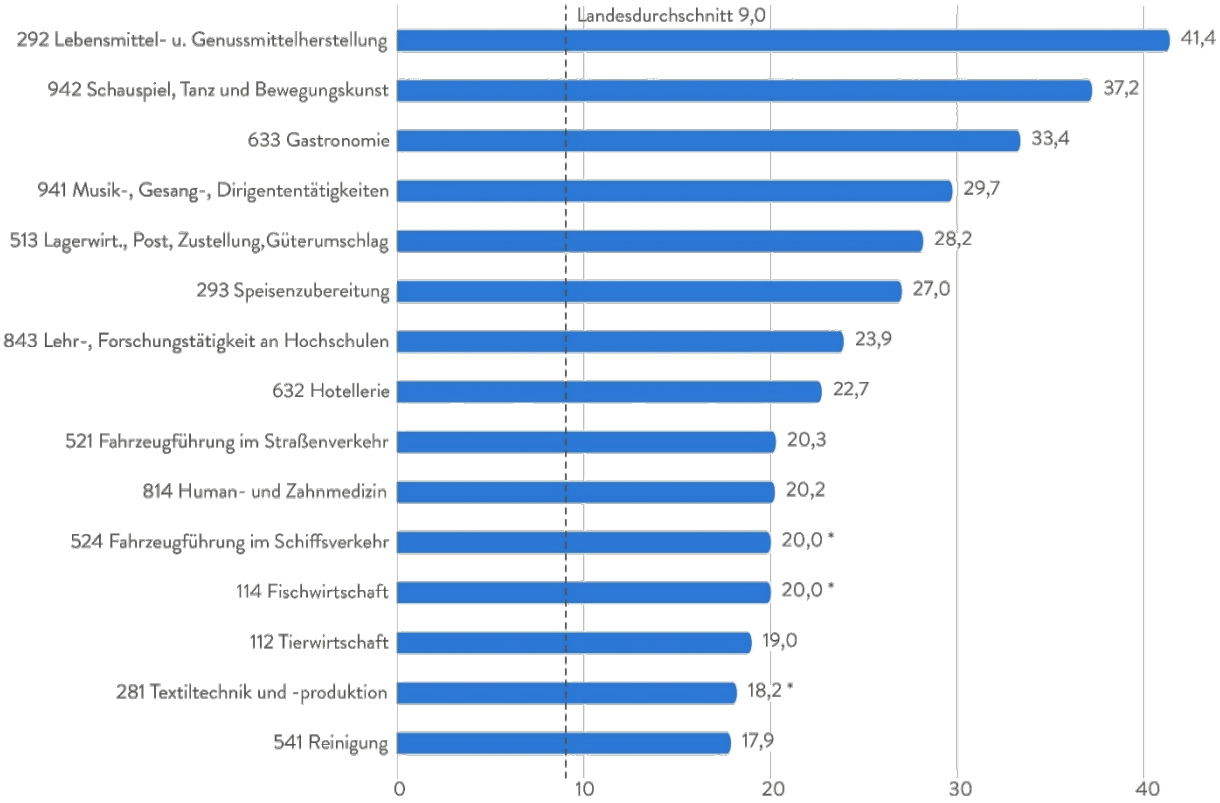
im erwerbsfähigen Alter ist inzwischen fast jeder zweite beschäftigt (45,5%; bei Männern 57,0%). Die ukrainischen Staatsangehörigen, deren Zuzug erst 2022 begann, stehen früher im selben Verlauf: Die Zahl ihrer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich binnen zwei Jahren fast verdoppelt, ihre Quote liegt bei gut 35% und steigt. Bundesweit zeigen IAB-Untersuchungen zur Zuzugskohorte 2015, dass die Beschäftigungsquote nach neun Jahren rund 64% erreicht; geflüchtete Männer sind dann häufiger beschäftigt als der Durchschnitt der männlichen Bevölkerung in Deutschland. Zur Einordnung gehört auch die andere Seite: Die Arbeitslosenquote ausländischer Staatsangehöriger liegt in Sachsen-Anhalt mit 20,7% weit über der deutscher Staatsangehöriger mit 8,5% (Januar 2026), und der Abstand zwischen Ausländern und den Erwerbspersonen insgesamt ist in den ostdeutschen Flächenländern größer als im übrigen Bundesgebiet (vgl. Anhang A6). Das widerspricht dem Befund nicht, sondern präzisiert ihn: Ein großer Teil der Zugewanderten ist erst seit 2022 im Land und durchläuft noch Sprachkurse und Anerkennungsverfahren; die Arbeitsmarktintegration ist verbesserungswürdig, und genau darin liegt für Sachsen-Anhalt ein noch ungenutztes Potenzial. Die Integrationsdynamik ist zudem kein Selbstläufer: Sie stützt sich auf Sprachkurse, Anerkennungsverfahren und Arbeitsvermittlung. Ein politischer Kurs, der diese Angebote zurückfährt, trifft somit nicht nur den künftigen Zuzug, sondern auch die Integration der bereits im Land Lebenden.[4]

Die ausländische Beschäftigung verteilt sich nicht gleichmäßig über die Berufe, sondern konzentriert sich auf Lager und Logistik, Speisenzubereitung, Reinigung und Bau (vgl. Abbildung 4). Zudem sind 20% der Ärzte aus dem Ausland. In den Berufen an der Spitze der Abbildung liegen die Anteile weit über dem Landesdurchschnitt von 8,9%.

Abbildung 4

Berufe mit hohem Anteil ausländischer Beschäftigung

Die 15 Berufsgruppen mit dem höchsten Ausländeranteil, Anteil an allen Beschäftigten der Gruppe, Januar 2026, in %



Anmerkung: Die Anteile reichen von 41,4 bis 17,9%. Gestrichelte Linie: Landesdurchschnitt von 9,0% (Januar 2026); der im Text genannte Wert von 8,9% bezieht sich auf Dezember 2025. Ein Stern kennzeichnet drei Gruppen mit einem Ausländerbestand unter 100, deren Anteil nach der Rundungsregel der Bundesagentur nicht belastbar ist.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

[4] Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit fasst die acht zugangsstärksten Herkunftsländer von Asylsuchenden als Asylherkunftsländer zusammen (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien); die Ukraine wird separat geführt. Gemessen wird die Staatsangehörigkeit, nicht der Aufenthaltsstatus.

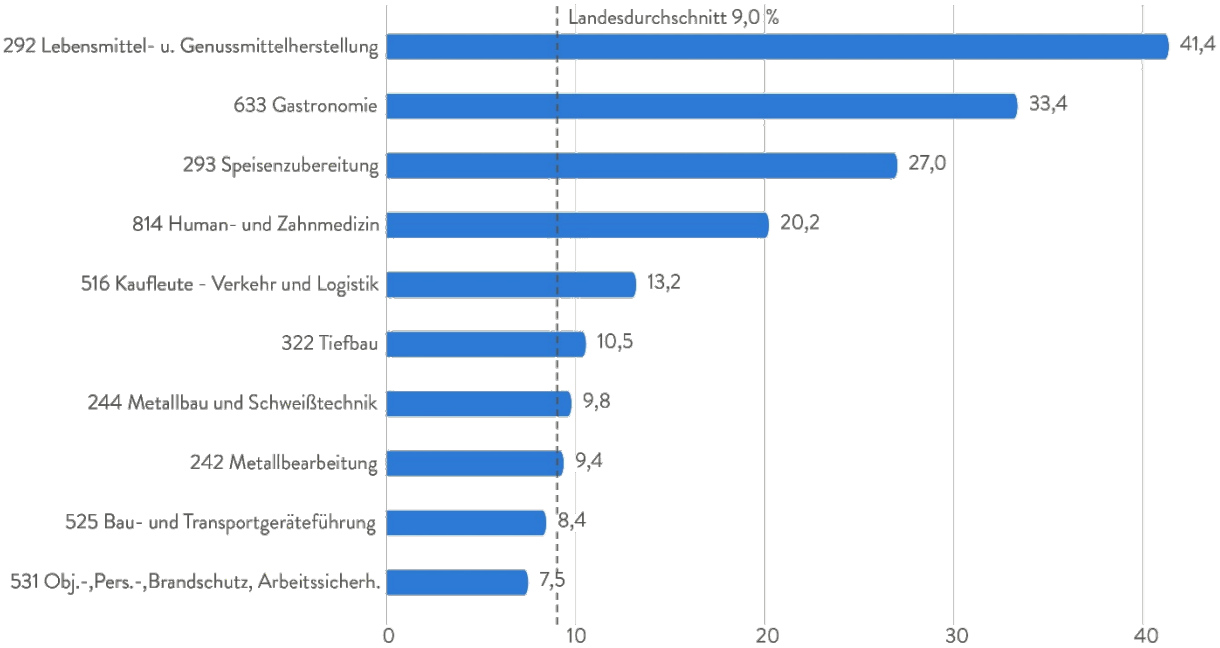
Kritisch wird die Abhängigkeit dort, wo zwei Dinge zusammenkommen: ein hoher Ausländeranteil und ein Engpass. Ob ein Engpass vorliegt, misst die Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit: Sie verdichtet für jede Berufsgruppe mehrere Arbeitsmarktindikatoren, unter anderem die Zeit bis zur Besetzung offener Stellen und die Zahl der Arbeitsuchenden je gemeldeter Stelle, zu einem Index. Ab dem Wert 2,0 gilt ein Beruf als Engpassberuf, es steht dann bundesweit kein ausreichender Ersatzpool an Arbeitsuchenden zur Verfügung. In Sachsen-Anhalt trifft beides in zehn Berufsgruppen zusammen, von der Lebensmittelherstellung mit über 41% Ausländeranteil über Gastronomie, Speisenzubereitung und Humanmedizin bis zum Tiefbau (vgl. Abbildung 5). In diesen Berufen wären ausbleibende Arbeitskräfte am schwersten zu ersetzen.

Um die Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte für die Wirtschaft einzuordnen, zeigt Tabelle 1, wie sich Beschäftigung, Ausländeranteil und Bruttowertschöpfung über die Wirtschaftszweige verteilen. Über alle Wirtschaftszweige hinweg stellen ausländische Arbeitskräfte rund 9% der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt.

Abbildung 5

Engpassberufe mit hohem Anteil ausländischer Beschäftigung

Anteil an allen Beschäftigten der Gruppe, Januar 2026, in %



Anmerkung: Ausbleibende Kräfte wären in diesen Berufen am schwersten zu ersetzen: ab einem Engpassindex von 2,0 steht bundesweit kein ausreichender Ersatzpool zur Verfügung. Berufsgruppen mit einem Engpassindex von mindestens 2,0, gezeigt die zehn mit dem höchsten Ausländeranteil; Anteile Stand Januar 2026, Engpassindex Stand 2025. Ab der Schwelle 2,0 führt die Bundesagentur einen Beruf als Engpassberuf; bundesweit steht dann kein ausreichender Ersatzpool an Arbeitsuchenden zur Verfügung. Gestrichelte Linie: Landesdurchschnitt 9,0% (Januar 2026).

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigener Engpassindex ohne den Ausländeranteil (Zirkularitätsregel); Darstellung des IWH.

Ein Einzelbefund fällt aus dem Rahmen und verdient eine eigene Bemerkung: die Pflege. In Sachsen-Anhalt liegt der Ausländeranteil im Gesundheitswesen bei 5,8% gegen 13,0% im Bund, bei Heimen und Sozialwesen bei 3,9 gegen 14,3%. Gemessen an Heimen und Sozialwesen ist die Pflege hier nicht nur absolut, sondern auch relativ schwächer von Zuwanderung getragen als im Bundesdurchschnitt. Das gängige Narrativ, beim Wegfall ausländischer Zuwanderung breche die Pflege zusammen, trifft auf Sachsen-Anhalt nicht zu (vgl. Anhang, Tabelle A2).

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung und Beschäftigte nach Wirtschaftszweig, Sachsen-Anhalt

BWS 2023, Beschäftigung Dezember 2025[a]

Wirtschaftszweig	BWS Mrd. €	Anteil %	Beschäftigte	Ausländer-anteil %
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	19,5	27,1	152.200	7,9
Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Gesundheit	18,2	25,3	252.128	4,1
Immobilien, Unternehmensdienstleistungen	11,3	15,8	98.725	14,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	11,0	15,3	174.012	14,1
Baugewerbe	5,1	7,2	52.931	9,6
Sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	2,4	3,4	24.550	9,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,8	2,5	12.562	12,6
Information und Kommunikation	1,2	1,7	11.231	5,4
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1,2	1,6	11.474	1,4

[a] Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist das Bruttoinlandsprodukt abzüglich Gütersteuern zuzüglich Gütersubventionen; das BIP Sachsen-Anhalts liegt rund 10% über der BWS. Alle Anteile in dieser Policy Note beziehen sich auf die nominale BWS 2025 von 73,98 Milliarden Euro.

Anmerkung: Neun Gruppen als gemeinsamer Nenner zweier verschieden tiefer Gliederungen.

Quelle: Darstellung des IWH.

5 Wirtschaftliche Auswirkungen einer ausländerfeindlichen Politik in Sachsen-Anhalt

Die AfD steht dem Weg, der Sachsen-Anhalts Beschäftigung getragen hat, offen ablehnend gegenüber. Was ein Regierungswechsel für den Zuzug bedeuten würde, lässt sich mit deutschen Daten allein nicht bestimmen, da es eine AfD-geführte Landesregierung nie gegeben hat. Die internationale Evidenz liefert aber drei dokumentierte Fälle auf drei Regierungsebenen, und sie zeigen in dieselbe Richtung.

In Italien zeigen *Bracco*, *De Paola*, *Green* und *Scoppa* (2018) für Gemeinden, in denen die rechtspopulistische Lega Nord den Bürgermeister stellte: Der Nettozuzug von Migranten fiel um 10,4 bis 13,4% niedriger aus, weil die Lega Nord regierte. Der Vergleich knapp gewonnener mit knapp verlorenen Wahlen stellt sicher, dass es die Amtsübernahme selbst ist, die wirkt. Bei erstmaliger Machtübernahme, dem für Sachsen-Anhalt einschlägigen Fall, verdoppelt sich der Effekt nach Angabe der Autoren annähernd, auf rund 32%. Ein Teil davon geht nach *Bracco et al.* auf konkrete Entscheidungen der neuen Bürgermeister zurück, vor allem gekürzte Sozialausgaben; statistisch ist dieser Anteil allerdings nur schwach gesichert. Für unsere Frage ist das kein Widerspruch: Ein Bürgermeister hat keinen Einfluss auf Einreise- und Asylrecht, seine Hebel sind Signal, Ton und die Ausstattung vor Ort, und über dieselben Hebel verfügt eine Landesregierung. Gemessen wird damit genau der Wirkungsraum, um den es in dieser Policy Note geht: nicht das Bundesrecht, sondern das, was ein Regierungswechsel vor Ort verändert.

Im Vereinigten Königreich fiel der EU-Nettozuzug nach dem Brexit-Referendum um rund 56%, obwohl sich an den Einreiseregeln bis Ende 2020 nichts änderte. Was sich änderte, war das politische Klima: die Botschaft, nicht mehr willkommen zu sein, und die Unsicherheit darüber, was folgt. Es handelt sich um eine rein deskriptive Größe aus der amtlichen Wanderungsstatistik, nicht um einen kausal identifizierten Effekt. Für unsere Frage ist der Fall dennoch aufschlussreich, gerade weil dort das Recht über vier Jahre unverändert blieb: Er zeigt auf der Ebene eines ganzen Staates, wie stark der Zuzug auf das Klima allein reagiert, noch bevor eine einzige Regel geändert ist.

Und im thüringischen Landkreis Sonneberg, wo seit Juli 2023 der bislang einzige AfD-Landrat amtiert, ging der Nettozuzug ausländischer Personen vom Mittel der Jahre 2016 bis 2022 auf die beiden Folgejahre um 65% zurück.

Das ist ein Vorher-Nachher-Vergleich des Kreises mit sich selbst, kein Kontrolldesign. Zur Einordnung: In 57 vergleichbaren ostdeutschen Landkreisen ohne AfD-Amtsträger ging der Zuzug im selben Zeitraum im Mittel nur um rund 5% zurück, der Abstand zu Sonneberg beträgt damit rund 59 Prozentpunkte. Wir behalten dennoch den Wert von 65% als oberen Rand des Bands bei, weil der Vergleichswert selbst nicht stabil ist: Er hängt stark am ukrainischen Zuzug des Jahres 2022 und kippt je nach Abgrenzung der Vorperiode zwischen Rückgang und deutlichem Anstieg. Ein Abzug, der vom Zuschnitt abhängt, wäre keine Präzisierung, sondern eine Scheingenauigkeit; der Sonneberg-Wert ist als Größenordnung zu lesen.

Tabelle 2

Drei dokumentierte Fälle, geordnet von der Gemeinde zum Staat

Elastizität	Regierungsebene	Rückgang Nettozuzug	Quelle
Bracco Wechselfall	Gemeinde	31,8%	*Bracco et al.* (2018), erstmalige Machtübernahme
Sonneberg	Kreis	64,7%	Wanderungsstatistik der Kreise, Vorher-Nachher-Vergleich 2016–2022 gegen 2023–2024, ohne Kontrollgruppe; Vergleichskreise im selben Zeitraum rund minus 5%
Brexit	Staat	56,1%	ONS, revidierte Reihe; beobachteter Rückgang vor jeder Rechtsänderung, rein deskriptiv, nicht bandbildend

Quelle: Darstellung des IWH.

Keiner der drei Fälle (vgl. Tabelle 2) lässt sich eins zu eins auf ein Bundesland wie Sachsen-Anhalt übertragen. Sie unterscheiden sich in Land, Ebene und Methode. Als Größenordnung aber zeigen sie ein ähnliches Bild: Nach einem Wechsel zu einer zuwanderungskritischen Politik ging der ausländische Zuzug um rund 32 bis 65% zurück. Eine aktuelle DIW-Kurzstudie veranschlagt für Sachsen-Anhalt dieselbe Größenordnung mit 45 bis 65% (*Fratzscher* 2026). Auf den heutigen Nettozuzug von rund 5 900 ausländischen Beschäftigten im Jahr bezogen hieße das: 1 900 bis 3 800 blieben aus, Jahr für Jahr.

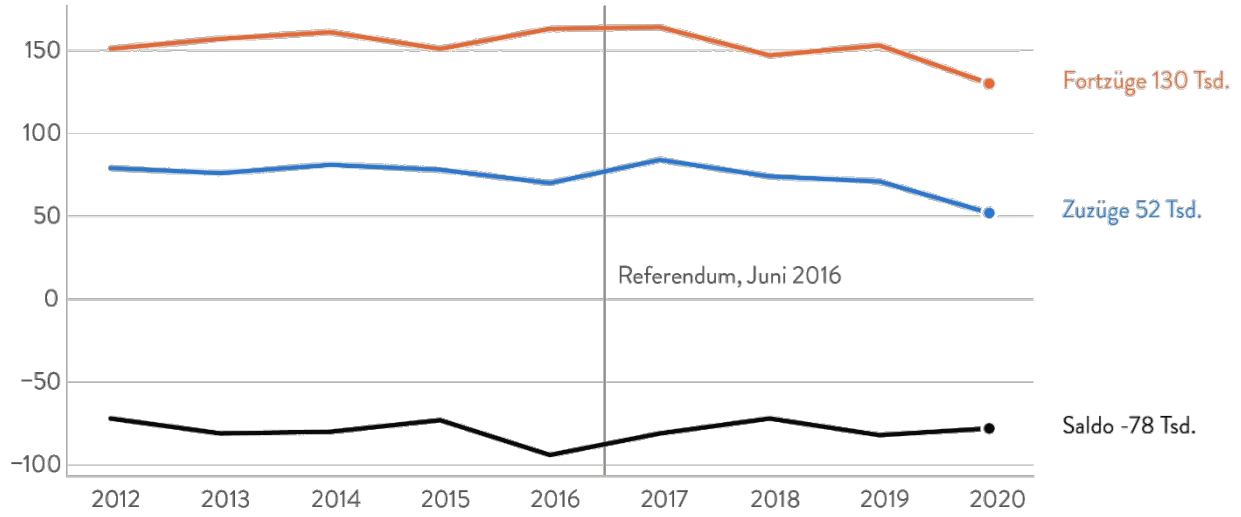
Die AfD bestreitet nicht, dass sie weniger ausländische Beschäftigung in Sachsen-Anhalt will, argumentiert aber, dass ausbleibende ausländische Beschäftigte durch vermehrten Zuzug Deutscher ersetzt werden können. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: Rückkehr aus dem Ausland und Zuzug aus anderen Bundesländern.

Könnten Heimkehrer aus dem Ausland die Lücke schließen? Der britische Fall erlaubt zumindest die Beobachtung, wie sich die Rückwanderung entwickelt, wenn ein Staat auf einen zuwanderungskritischen Kurs umstellt. Abbildung 6 zeigt: Die Fortzüge lagen durchgehend über den Zuzügen, der Saldo war in jedem Jahr negativ, und das Brexit-Referendum von 2016 änderte daran nichts. Weder stiegen die Rückkehrzahlen, noch drehte der Saldo; der Trend setzte sich bis 2020 unverändert fort. Geschlossen wurde die Lücke auf anderem Weg: Das Vereinigte Königreich lockerte die Beschränkungen für Drittstaaten erheblich und gewann nach der Schätzung von *Portes* und *Springford* (2026) rund eine Million zusätzliche Beschäftigte aus Nicht-EU-Staaten gegenüber dem kontrafaktischen Pfad. Der Ersatz kam abermals aus dem Ausland, über einen Kanal, den eine AfD-geführte Regierung mit dem erklärten Ziel sinkender Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten gerade nicht öffnen würde.

Abbildung 6

Wanderung britischer Staatsangehöriger, 2012 bis 2020

Langfristige Wanderung britischer Staatsangehöriger, tausend Personen je Jahr; Jahre endend Dezember 2012 bis 2020



Anmerkung: Die senkrechte Marke steht beim Referendum im Juni 2016. Nach dem Referendum kehrten nicht mehr Briten zurück: Die Fortzüge lagen weiter über den Zuzügen, der Saldo blieb in jedem Jahr negativ, auch im Pandemiejahr 2020 (minus 78 000) und, nach der revidierten Reihe, 2021 bis 2025. Die Abbildung endet 2020, weil die ONS ab Juni 2021 von der Passagierbefragung auf Verwaltungsdaten umgestellt hat und vom Vergleich über diesen Bruch abrät; die neuere Reihe weist die Abwanderung höher aus, nicht niedriger. Gezählt werden Personen aller Altersgruppen, nicht Erwerbstätige.

Quellen: Office for National Statistics (ONS), Long-Term International Migration, Tabelle 1; Darstellung des IWH.

Damit bleibt der zweite Kanal: der Zuzug Deutscher aus anderen Bundesländern. Er wäre der leichtere Weg, denn ein Umzug von Bayern nach Sachsen-Anhalt kennt weder Grenze noch Visum. Dass ein Machtwechsel zu einer zuwanderungskritischen Partei einen solchen Zuzug auslöst, dafür gibt es allerdings keinen Beleg. Was sich festhalten lässt: Auch nach dem AfD-Erfolg in Sonneberg, dem bislang einzigen AfD-geführten Landkreis, war kein vermehrter Zuzug Deutscher zu beobachten. Der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger sank nach dem Machtwechsel weiter. Das ist ein Indiz, kein Beleg. Die Wanderungsstatistik zählt Personen, nicht Beschäftigte. Gerade in ländlichen ostdeutschen Kreisen ist ein erheblicher Teil des Zuzugs Rückwanderung im Rentenalter, keine Erwerbsmigration. Ob deutsche Arbeitskräfte nach einem Machtwechsel vermehrt zuziehen, lässt sich mit den verfügbaren Daten nicht eindeutig beantworten. Es gibt jedoch keine Evidenz, die dafürspräche.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Im britischen Fall zeigt sich keine kompensierende Rückkehr einheimischer Beschäftigter, und für einen vermehrten Zuzug Deutscher nach einem Machtwechsel gibt es keinen Beleg.

6 Die Beschäftigungslücke in der kommenden Legislaturperiode

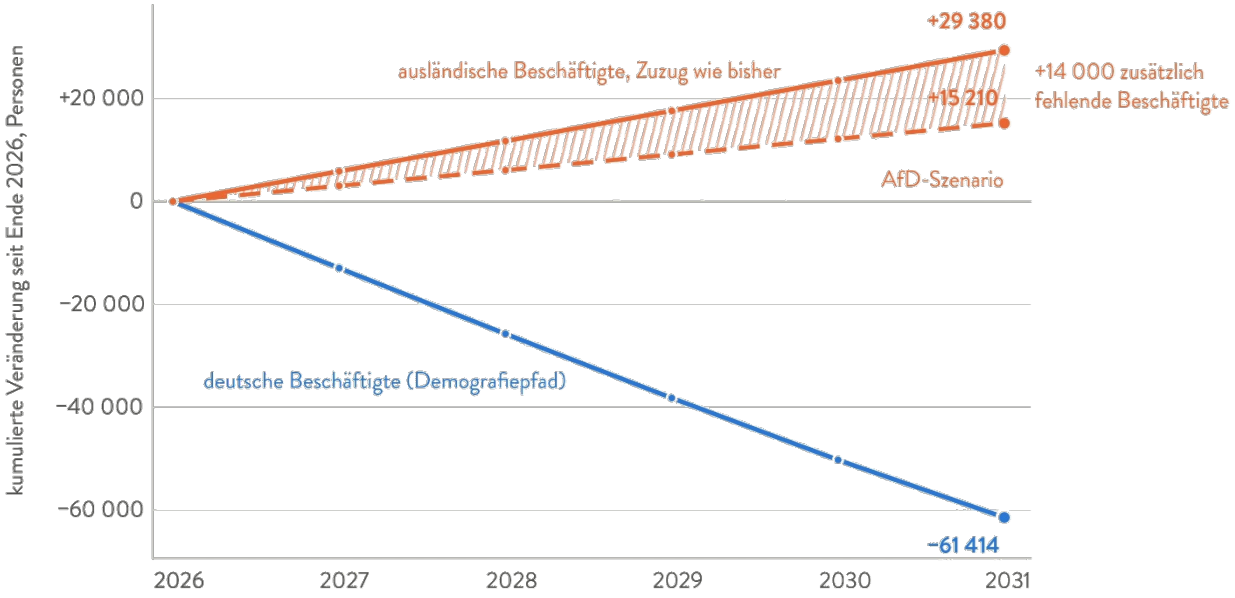
Abschließend führen wir zwei Befunde dieser Policy Note in einer Szenariorechnung zusammen: den demografischen Abgang aus der amtlichen Bevölkerungsprognose und den Zuzugsrückgang aus der internationalen Evidenz. Jeder Schritt der Rechnung ist in Anhang A5 dokumentiert.

Überträgt man die Rate der Regionalisierten Bevölkerungsprognose auf die Beschäftigung, scheiden in der Legislaturperiode 2027 bis 2031 rund 61 000 deutsche Beschäftigte zusätzlich aus. Der ausländische Zuzug dämpft diesen Abgang, schließt ihn aber nicht: Setzt er sich im heutigen Tempo fort, kommen rund 29 000 Beschäftigte hinzu. Unter einer AfD-geführten Landesregierung, dargestellt für einen Zuzugsrückgang um die Mitte des Bands der internationalen Evidenz, kommen nur noch rund 15 000 hinzu (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7

Beschäftigungsprojektion nach Komponenten, 2027 bis 2031

Kumulierte Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber Ende 2026 nach Komponenten, in Jahresschritten 2027 bis 2031



Anmerkung: Deutsche Beschäftigte mit der übertragenen Rate der 8. Regionalisierten Bevölkerungsprognose bei unveränderter Erwerbsbeteiligung; ausländische Beschäftigte bei fortgesetztem Zuzug und bei einem Rückgang um die Mitte des Bands der internationalen Evidenz (48,2%). Der demografische Abgang übersteigt jeden Zuzugspfad. Fortschreibung amtlicher Raten, Illustrationsszenario Bandmitte (48,2%), keine Prognose; die Nettolücke findet sich in Abbildung 8.

Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 8. Regionalisierte Bevölkerungsprognose 2022–2040 (Bericht 6A111); Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Fortschreibung und Darstellung des IWH.

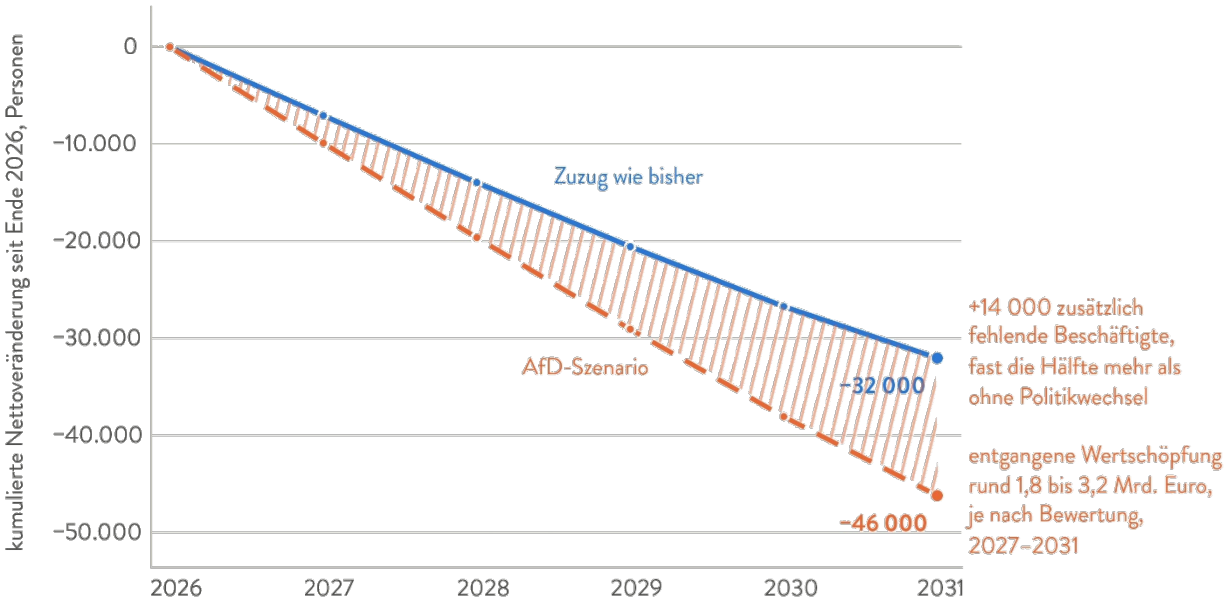
Netto ergibt sich daraus die Beschäftigungslücke: der demografische Abgang abzüglich des Zuzugs. Sachsen-Anhalt läuft bereits im günstigsten Pfad auf eine Lücke von rund 32 000 Beschäftigten zu. Im AfD-Szenario wächst sie auf rund 46 000. Das heißt, sie fällt um rund 14 000 Beschäftigte größer aus, gut 44% mehr (vgl. Abbildung 8).

Diese zusätzlich Fehlenden lassen sich in Wertschöpfung übersetzen. Die Untergrenze setzt jeden ausbleibenden Beschäftigten mit dem Arbeitnehmerentgelt seines Berufsfelds an, also Bruttolohn und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; gewichtet mit der Berufsstruktur des heutigen ausländischen Zuzugs ergibt das im Mittel rund 41 500 Euro im Jahr. Der Kapitalanteil der Wertschöpfung bleibt dabei außen vor. Die Obergrenze setzt die volle Bruttowertschöpfung je Beschäftigten an, berufsgewichtet rund 75 700 Euro, und unterstellt damit, dass mit den Beschäftigten auch der zugehörige Kapitaleinsatz entfällt. Bei einem Zuzugsrückgang um die Bandmitte fehlen rund 2 800 Beschäftigte je Jahr, nach fünf Jahren gut 14 000. Dem Land entgehen damit über die Legislaturperiode rund 1,8 bis 3,2 Milliarden Euro an Wertschöpfung, je nach Bewertung. Das entspricht rund 2,4 bis 4,4 % der jährlichen Bruttowertschöpfung des Landes von rund 74 Milliarden Euro im Jahr 2025 (vgl. Tabelle 3). Über das volle Band der Evidenz reicht die Spanne beim Arbeitnehmerentgelt von 1,2 bis 2,4 Milliarden Euro, bei voller Wertschöpfung von 2,1 bis 4,3 Milliarden. Anhang A5 erläutert jeden Schritt der Rechnung.

Abbildung 8

Projektion der Beschäftigungslücke, 2027 bis 2031

Kumulierte Nettoveränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber Ende 2026, in Jahresschritten 2027 bis 2031



Anmerkung: Nettoveränderung demografischer Abgang plus ausländischer Zuzug, für beide Zuzugspfade aus Abbildung 7. Die schraffierte Fläche ist der Teil der Lücke, der auf den Zuzugsrückgang zurückgeht. Fortschreibung amtlicher Raten, Illustrationsszenario Bandmitte(48,2%), keine Prognose; die Zerlegung in beide Gruppen zeigt Abbildung 7.

Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 8. Regionalisierte Bevölkerungsprognose 2022–2040 (Bericht 6A111); Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Fortschreibung und Darstellung des IWH.

Tabelle 3

Beschäftigungslücke durch den Zuzugsrückgang und entgangene Wertschöpfung je Jahr

Bandmitte des Elastizitätsbands (48,2%), 2027 bis 2031, Millionen Euro

Jahr	fehlende Beschäftigte, kumuliert	Ausfall im Jahr in Mio. Euro (A)	kumuliert in Mio. Euro (A)	Ausfall im Jahr in Mio. Euro (B)	kumuliert in Mio. Euro (B)
2027	2.834	117,6	117,6	214,6	214,6
2028	5.668	235,1	352,7	429,3	643,9
2029	8.502	352,7	705,4	643,9	1.287,8
2030	11.336	470,2	1.175,6	858,5	2.146,3
2031	14.170	587,8	1.763,4	1.073,1	3.219,4

Anmerkungen: A: Bewertung mit dem Arbeitnehmerentgelt (Untergrenze); B: volle Bruttowertschöpfung je Beschäftigten (Obergrenze, Annahme: der zugehörige Kapitaleinsatz entfällt vollständig). Über das volle Band skalieren die Eurowerte proportional.

Quellen: Berechnung und Darstellung des IWH.

7 Fazit

Die Befunde dieser Policy Note fügen sich zu einer einfachen Rechnung. Sachsen-Anhalt verliert durch den demografischen Wandel Jahr für Jahr deutsche Beschäftigte; fast jeder dritte ist 55 oder älter. Nötig wäre also, die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt weiter zu stärken und für qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland attraktiv zu bleiben. Die AfD will das Gegenteil. Nach den Schätzungen dieser Policy Note würde ein solcher Kurs die Arbeitskräfteknappheit deutlich verschärfen: Die Beschäftigungslücke der kommenden Legislaturperiode fiele um rund 14 000 Beschäftigte größer aus, und mit einer kompensierenden Zuwanderung Deutscher ist nach der internationalen Evidenz nicht zu rechnen. Dem Land entgingen dadurch 1,8 bis

3,2 Milliarden Euro an Wertschöpfung über fünf Jahre. Das entspricht rund 2,4 bis 4,4% der jährlichen Bruttowertschöpfung des Landes von 2025. Auch das ist eher eine Untergrenze, aus drei Gründen. Erstens dürfte eine Landesregierung, die den bisherigen Weg fortsetzt, die Integration weiter verbessern. Zweitens bleibt unberücksichtigt, dass Ausländer, gemessen an ihrem Anteil an den Beschäftigten, bundesweit rund anderthalbmal so häufig ein Einzelunternehmen gründen und damit zusätzliche Beschäftigung und Wertschöpfung beisteuern. Und drittens speist der Zuzug über Einbürgerungen auch die deutsche Beschäftigung selbst: Wer die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt, wechselt in der Statistik von der ausländischen in die deutsche Gruppe. Der gemessene Rückgang der deutschen Beschäftigten fällt also trotz dieses Zugangs so aus, wie er ist, und bliebe der Zuzug aus, versiegte mittelfristig auch dieser Nachschub.

8 Referenzen

Bracco, Emanuele; De Paola, Maria; Green, Colin P.; Scoppa, Vincenzo: The Effect of Far Right Parties on the Location Choice of Immigrants: Evidence from Lega Nord Mayors, in: Journal of Public Economics 166, 2018, 12–26.

Bundesinstitut für Berufsbildung; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: QuBe-Bundesland-Dossier Sachsen-Anhalt, 8. Welle der Qualifikations- und Berufsprojektionen. Bonn und Nürnberg, 2025.

Fratzscher, Marcel: Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden. DIW aktuell Nr. 121. Berlin: DIW, 2026.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Projektion der Erwerbspersonen in den Bundesländern bis 2040. IAB-Kurzbericht 1/2021. Nürnberg: IAB, 2021.

Office for National Statistics (ONS): Long-Term International Migration, revidierte Reihe (provisional estimates), Stand Mai 2026; frühere IPS-Fassung: Jahresenden Dezember 2015 bis Juni 2019.

Portes, Jonathan; Springford, John: The Impact of Brexit on UK Immigration and Labour Supply: Evidence from Synthetic Differences in Differences. IZA Discussion Paper No. 18478. Bonn: Institute of Labor Economics, 2026.

9 Anhang

A1 Ländervergleich Beschäftigung

Tabelle A1

Ausländeranteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Dezember 2025) und Entwicklung seit Dezember 2020
Index: Dezember 2020 = 100, Stand Dezember 2025

Land	Ausländeranteil	Index Ausländer	Index Deutsche
Deutschland	16,8%	135,0	99,2
Brandenburg	13,1%	183,1	96,6
Thüringen	10,2%	161,5	93,9
Sachsen	9,4%	159,1	96,2
Sachsen-Anhalt	8,9%	178,6	94,6
Mecklenburg-Vorpommern	8,1%	174,3	96,2

Anmerkung: Auszug; vollständige Ländertabelle im Arbeitsdokument. Sachsen-Anhalt: Rang 15 von 16 beim Anteil, Rang 2 von 16 beim Wachstum, hinter Brandenburg.

Quelle: Darstellung des IWH.

A2 Ländervergleich Pflege

Tabelle A2

Ausländeranteil in Pflegebranchen
Index: Dezember 2020 = 100, Stand Dezember 2025

Land	insgesamt %	Gesundheitswesen %	Heime/Sozialwesen %
Deutschland	16,8	13,0	14,3
Berlin	22,4	16,3	19,3
Bayern	19,4	15,7	19,1
Sachsen-Anhalt	8,9	5,8	3,9

Anmerkung: Auszug; In Sachsen-Anhalt ist die Pflege absolut und relativ am schwächsten von Zuwanderung getragen: Das Verhältnis des Ausländeranteils in Heimen und Sozialwesen zum Anteil in der Gesamtwirtschaft beträgt 0,44 gegen 0,85 im Bund.

Quelle: Darstellung des IWH.

A3 Datenquellen

Beschäftigte nach Staatsangehörigkeitsgruppen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten, Quartalsstichtage Dezember 2020 bis Dezember 2025. Altersstruktur: dieselbe Quelle, Stichtag Dezember 2025, vier Altersbänder. Bevölkerungsvorausberechnung: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 8. Regionalisierte Bevölkerungsprognose; BIBB/IAB, QuBe-Bundesland-Dossier Sachsen-Anhalt 2025 (Erwerbstätigenprojektion bis 2040); Statistisches Bundesamt, koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (GENESIS 12421).

Beschäftigung nach Staatsangehörigkeit und Berufsgruppen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte am Arbeitsort, Januar 2016 bis Januar 2026. Entgelte: BA, Medianentgelte Vollzeitbeschäftigter je Berufs-

gruppe, Sachsen-Anhalt, Dezember 2025; Relativfaktoren je Berufssegment aus „Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten“, Dezember 2024. Engpassanalyse: BA, Berichtsjahr 2025. Bruttowertschöpfung und Wirtschaftszweige: VGR der Länder über Regionalstatistik (82000), 2016–2025. Wanderungen: Statistik der räumlichen Bevölkerungsbewegung, Kreise (12711), 2016–2024. Elastizitäten: Bracco, De Paola, Green, Scoppa (2018), Journal of Public Economics 166; Portes, Springford (2026), IZA DP 18478; ONS Long-Term International Migration. Alle Berechnungen: eigene Auswertung; vollständige Dokumentation im Arbeitsdokument zur Policy Note. Beschäftigungsquoten Geflüchteter: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Faktenblatt Ukraine und Asylherkunftsländer, Länderausgabe Sachsen-Anhalt, Blattstand Juli 2026, Beschäftigungsquoten mit Datenstand Mai 2026 (Quote einschließlich ausschließlich geringfügiger Beschäftigung, Nenner aus dem Ausländerzentralregister); IAB-Analysen zur Arbeitsmarktintegration der Zuzugskohorte 2015. Gründungen: Statistisches Bundesamt, Gewerbeanzeigenstatistik (52311), Gewerbeanmeldungen von Einzelunternehmen nach Staatsangehörigkeit, Bundeswerte 2016 bis 2025. Arbeitslosenquoten nach Staatsangehörigkeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Migrationsmonitor Arbeitsmarkt, Sachsen-Anhalt, Januar 2026.

A4 Ausländerfeindliche Aussagen im AfD-Regierungsprogramm Sachsen-Anhalt 2026

Stelle	Zitat
Präambel	*„Wir wollen eine Familienpolitik, die dafür sorgt, dass hier wieder mehr Kinder geboren werden, denn Kinder sind unsere Zukunft, nicht Einwanderer.“*
Präambel	*„… dass unsere Steuern für die Umsorgung von Wohlstandsflüchtlingen verpulvert … werden …“ / „Wenn wir uns nicht widerspruchslos von Einwanderern aus aller Herren Länder anpöbeln und angreifen lassen …“*
Präambel	*„… dass mancher Einwanderer für schwere Körperverletzung geringer bestraft wird als so mancher Deutsche für die falsche Meinung …“*
Kap. I „Familie und Kinder“, Einleitung	*„Was in der politischen Debatte als ‚demographischer Wandel‘ bezeichnet wird, ist nichts anderes als die Überalterung und das Aussterben des Deutschen Volkes.“*
Kap. I, Punkt 2 „Kinderwillkommensgeld einführen“	*„Zugangsvoraussetzung ist die deutsche Staatsbürgerschaft mindestens eines Elternteils und ein fester Erstwohnsitz beider Eltern in Sachsen-Anhalt seit mindestens einem Jahr.“*
Kap. II „Einwanderung und Remigration“, Einleitung	*„Dazu gehören Maßnahmen zur Beendigung der illegalen, kulturfremden und inländerfeindlichen Massenmigration. Außerdem ist die Einleitung einer Abschiebe- und Remigrationsoffensive zwingend notwendig.“*
Kap. II, Punkt 5 „Grundrecht auf Asyl abschaffen“	*„Wir müssen frei sein, entscheiden zu können, welchen Personen wir nach Maßgabe unseres politischen Interesses Asyl gewähren.“*
Kap. II, Punkt 6 „Flüchtlingshilfe vor Ort statt Aufnahme in Sachsen-Anhalt“	*„Eine Weiterreise in Richtung Deutschland ist hingegen keine Flucht, sondern der Weg ins deutsche Sozialstaatsparadies.“ / „… kulturfremde Menschen zu entorten, dauerhaft im eigenen Land anzusiedeln, und mit Steuergeldern zu alimentieren.“*
Kap. II, Punkt 9 „Aufnahmestopp für Nicht-EU-Ausländer sofort“	*„Somit ist es ohne die geringste rechtliche Problematik möglich, für ausgewählte Nicht-EU-Länder … einen sofortigen und totalen Einwanderungsstopp zu verhängen.“*
Kap. II, Punkt 11 „Alter von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern feststellen“	*„Illegal eingereiste junge Männer aus fremden Kulturkreisen machen häufig falsche Altersangaben.“*
Kap. II, Punkt 12 „Asylanten und Flüchtlinge zentral unterbringen“	*„Von Innenstadtlagen ist daher Abstand zu nehmen. Bei der Standortwahl ist dem Wohl der einheimischen Bevölkerung besondere Bedeutung beizumessen.“*
Kap. II, Punkt 13 „Asylanten und Flüchtlinge an Versorgungskosten beteiligen“	*„… dass Bargeldbestände, Kreditkarten und Vermögenswerte, die Asylantragsberechtigte bei ihrer Einreise mit sich führen, festgestellt, konfisziert und für die Finanzierung von Unterbringung und Verpflegung verwendet werden.“*

Stelle	Zitat
Kap. II, Punkt 20 „Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen“	*„Eine AfD-geführte Landesregierung wird der Asyl- und Integrationsindustrie in Sachsen-Anhalt den Geldhahn zudrehen. Die dadurch eingesparten Steuergelder sollen zum Wohle der einheimischen Bevölkerung verwendet werden.“*
Kap. II, Punkt 21 „Schluss mit der Willkommenspropaganda“	*„Sachsen-Anhalt braucht eine Verabschiedungskultur für illegale Zuwanderer, eine Anerkennungskultur für deutsche Eltern und eine Willkommenskultur für deutsche Kinder.“*
Kap. II, Punkt 22 „EU-Armutseinwanderung stoppen“	*„Der deutsche Sozialstaatsmagnet lockt zahlreiche Armutseinwanderer aus anderen EU-Ländern nach Sachsen-Anhalt.“ / „… um Sozialstaatsnomaden zur Rückkehr … zu bewegen.“*
Kap. II, Punkt 23 „Einbürgerung braucht hohe Hürden“	*„Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass deutsche Pässe in Sachsen-Anhalt nicht mehr wie Ramschware feilgeboten werden.“*
Kap. II, Punkt 24 „Turbo-Einbürgerung stoppen, Geburtsortprinzip streichen“	*„Stattdessen soll eine Rückkehr zum Abstammungsprinzip, das in Deutschland bis zum Jahre 2000 in Kraft war, erfolgen.“*
Kap. II, Punkt 26 „Illegale Zuwanderer sind Fachkräftemangelverursacher“	*„Illegale Zuwanderer tragen nicht zu einer Lösung des Fachkräftemangels bei. Stattdessen handelt es sich um Fachkräftemangelverursacher.“ / „… dass illegale und niedrigproduktive Zuwanderer das Land schnellstmöglich verlassen.“*
Kap. II, Punkt 27 „Folgeprobleme vermeiden, auf kulturfremde Fachkräfte verzichten“	*„Der Fall des saudi-arabischen Psychiaters Taleb A. … zeigt aufs Neue, dass Fachkräfte aus fremden Kulturkreisen zu einem Risiko für die Innere Sicherheit werden können.“*
Kap. II, Punkt 28 (Maßnahmentitel)	*„Technisierung, Digitalisierung und KI statt kulturfremder Fachkräfte!“*
Kap. II, Punkt 39 „Rückkehranreiz setzen, Bürgergeld für Ukrainer streichen“	*„Das Bürgergeld ist längst zum Migrantengeld geworden.“*
Kap. II, Punkte 40/41 „Remigrationsoffensive in die Ukraine“ / „Ukrainer nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkennen“	*„… eine Remigrationsoffensive für in Sachsen-Anhalt lebende Ukrainer vorbereiten.“ / „… dass … ukrainische Staatsbürger in Deutschland nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden.“*
Kap. II, Punkt 43 „Gesellschaftliche Wertschätzung für Rückkehrbedienstete schaffen“	*„… Anfeindungen links-grüner Befürworter von Multikulti und Überfremdung …“ / „… Helden des Alltags, die ihren Dienst für Volk und Vaterland leisten.“*
Kap. III „Kultur und Integration“, Punkt 17 (Maßnahmentitel)	*„Nein zu Muezzin und Minarett!“*
Kap. IV „Schulbildung“, Punkt 30 (Maßnahmentitel)	*„Sonderklassen für Flüchtlingskinder!“*
Kap. IV, Punkt 31 (Maßnahmentitel)	*„Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an Schulen!“*
Kap. VII „Justizwesen“, Punkt 14 (Maßnahmentitel)	*„Schutz für das Deutschtum im Strafrecht verankern!“*
Kap. X „Energiepolitik“, Punkt 29 (Maßnahmentitel)	*„Ökologischen Fußabdruck berücksichtigen, Umwelt schützen, Aufnahme illegaler ‚Klimaflüchtlinge‘ stoppen!“*
Kap. XI, Punkt 18 (Maßnahmentitel)	*„Schächten verbieten!“*
Kap. XII „Ländlicher Raum und Kommunales“, Punkt 5 (Maßnahmentitel)	*„Keine Migranten mehr aufs Land!“*
Kap. XVII „Gesundheit und Pflege“, Punkt 10 (Maßnahmentitel)	*„Medizinstudenten statt Importärzte!“*

A5 Die Szenariorechnung

Schritt 1, der demografische Abgang. Ausgangspunkt ist die 8. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts. Sie erwartet für die Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 67 Jahre) zwischen 2022 und 2030 einen Rückgang um 159 449 Personen oder 12,7%. Aus den Jahreswerten der Prognose werden die jährlichen Veränderungsraten gebildet; im Fenster 2027 bis 2031 betragen sie im Mittel rund 1,8%. Diese Raten werden Jahr für Jahr auf den Bestand der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übertragen, ausgehend von 719 190 im Dezember 2025; das unterstellt eine unveränderte Erwerbsbeteiligung. Kumuliert ergibt sich über die Legislaturperiode ein Abgang von 61 414 Beschäftigten. Die Übertragung ist eher vorsichtig, denn die amtliche Rate gilt für alle Staatsangehörigkeiten und enthält damit bereits die dämpfende Wirkung der Zuwanderung; die rein deutsche Bevölkerung im Erwerbsalter schrumpft schneller.

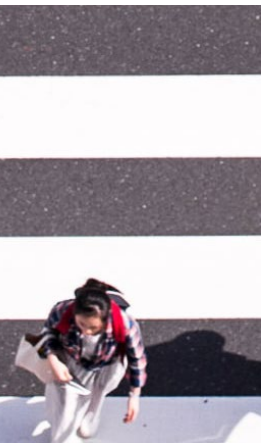
Schritt 2, die Zuzugspfade. Sachsen-Anhalt gewinnt derzeit netto rund 5 900 ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr, gemessen als mittlerer jährlicher Bestandszuwachs der vergangenen Jahre. Im Basispfad setzt sich dieser Zuzug unverändert fort und bringt von 2027 bis 2031 kumuliert 29 380 zusätzliche Beschäftigte. Im AfD-Szenario geht der jährliche Zuzug um 48,2% zurück; das ist die Mitte des Bands der internationalen Evidenz, dessen Ränder bei 31,8% (italienische Gemeinden) und 64,7% (Landkreis Sonneberg, Vorher-Nachher-Vergleich ohne Kontrollgruppe; in vergleichbaren ostdeutschen Landkreisen ging der Zuzug im selben Zeitraum um rund 5% zurück) liegen. Es kommen dann nur noch 15 210 Beschäftigte hinzu; jährlich bleiben rund 2 800 aus, über das volle Band gerechnet 1 900 bis 3 800.

Schritt 3, die Nettolücke. Die Beschäftigungslücke ist der demografische Abgang abzüglich des Zuzugs. Im Basispfad beträgt sie bis 2031 rund 32 000 Beschäftigte (61 414 minus 29 380), im AfD-Szenario rund 46 000 (61 414 minus 15 210). Die Differenz von rund 14 000 Beschäftigten, ein Plus von 44%, ist der Teil der Lücke, der auf den Zuzugsrückgang zurückgeht. Nur dieser Teil wird im nächsten Schritt in Euro bewertet; für den demografischen Teil der Lücke wird bewusst kein Wert angesetzt, weil die Berufsstruktur künftig ausscheidender deutscher Beschäftigter eine eigene Untersuchung erforderte.

Schritt 4, die Bewertung, in zwei Varianten. Die zusätzlich Fehlenden werden entlang der heutigen Berufsstruktur des ausländischen Zuzugs auf Berufsfelder verteilt, gemessen aus der Beschäftigungsstatistik nach Staatsangehörigkeiten und Berufen. Variante A setzt je Kopf das Arbeitnehmerentgelt an: das mittlere Bruttojahresentgelt des Berufsfelds zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (Aufschlagsfaktor rund 1,20 aus der VGR der Länder), zuzugsgewichtet rund 41 500 Euro im Jahr. Das ist die Untergrenze: Angesetzt wird nur der Arbeitsanteil der Wertschöpfung; zum Vergleich liegt die volle Bruttowertschöpfung je Beschäftigten im Landesdurchschnitt bei rund 94 000 Euro. Variante B setzt die volle Bruttowertschöpfung je Beschäftigten an, berufsgewichtet rund 75 700 Euro, unter der ausgewiesenen Annahme, dass mit dem Beschäftigten auch der zugehörige Kapitaleinsatz vollständig entfällt; sie gilt für Stellen, die gar nicht erst entstehen, und ist die Obergrenze.

Schritt 5, die Kumulation. Jeder ausbleibende Jahrgang fehlt auch in allen Folgejahren: Im ersten Jahr fehlen rund 2 800 Beschäftigte, im zweiten zusätzlich der nächste Jahrgang, zusammen rund 5 700, und so fort; die Jahrgänge stapeln sich, und mit ihnen wächst der jährliche Ausfall (vgl. Tabelle 3). Summiert über die Legislaturperiode 2027 bis 2031 entgehen dem Land bei der Bandmitte rund 1,8 Milliarden Euro nach Variante A und rund 3,2 Milliarden nach Variante B. Weil die Rechenkette linear in der Elastizität ist, skalieren die Werte proportional über das Band: 1,2 bis 2,4 Milliarden Euro (A) beziehungsweise 2,1 bis 4,3 Milliarden Euro (B). Alle Werte in jeweiligen Preisen des Berechnungsstands 2025, nominal, ohne Abzinsung und ohne Fortschreibung der Produktivität.

Schritt 6, die Grenzen. Nicht enthalten sind fiskalische Effekte, Nachfrage- und Multiplikatorwirkungen sowie mögliche zusätzliche Fortzüge bereits Beschäftigter. Auch insofern sind die Ergebnisse Untergrenzen. Die Rechnung ist eine Szenariorechnung, keine Prognose: Sie zeigt, was die dokumentierten Elastizitäten für Sachsen-Anhalt bedeuten würden, nicht, was eintreten wird. Ihre größte Unsicherheit liegt in der Übertragbarkeit der Elastizitäten auf ein Bundesland. Deshalb wird durchgehend das volle Band ausgewiesen und die Bandmitte nur zur Darstellung verwendet.



Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

ISSN 2702-4725
DOI: https://doi.org/10.18717/pnnac6-3f66

Leibniz Association

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.